

Die Hilfe erscheint jeden Freitag mit dem Datum des folgenden Sonntags.  
 Vierteljahrspreis bei Buchhandlungen und Agenturen 2,00 M.; beim Briefträger und am Zeitungsschalter der Postämter 2,12 M.; beim Verlag in Berlin - Schöneberg, Königsweg 6a, Fernsprecher: Amt 6, Nummer 5506, 2,40 Mark. — Probe - Nummern auf Wunsch bereitwilligst umsonst.  
 Herausgeber der „Hilfe“ ist Reichstagsabgeordneter Dr. Friedrich Naumann.

# Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Nonpareillezeile 40 Pfennig, die Klammezeile 1 Mark 50 Pfennig. Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. — Entwürfe und Kostenanschläge werden ohne Berechnung gern zugesandt. Für Familien-Nachrichten sowie Versammlungs-Anzeigen beträgt der Zeilenpreis 20 Pfennig. Annahme durch die Geschäftsstelle Schöneberg-Berlin, Königsweg 6a und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen. — Schluß der Anzeigen - Annahme am Freitag morgen der vorhergehenden Woche.

## Inhaltsübersicht

**Politische Notizen** (An die liberalen Frauen! — Das Wahlrecht. — Ein Staatserhaltender. — Rösche auf der Wanderschaft.) — **Naumann:** Die Industrialisierung des Christentums. — **Otto Bausch:** Straßburg. — **Bergrat Dr. Georg Gothein:** Das Kaligeseh. — **G. C. C. Heimsoth:** Aus Mecklenburg. — Soziale Bewegung. — Briefkasten.

**Gottfried Traub:** Über die Kraft. — **Johannes Naumann:** Neue Religionsformen? — **Professor Dr. Paul Schubring:** Bilderbetrachtung. — **Franz Herwig:** Danzig. — **Guy de Maupassant:** Das Fäßchen. — Die Allerbeste. — Gedicht. — Kunst. — Büchertisch.

## Politische Notizen

**An die liberalen Frauen!** Die erste Einigung des bisher in sich zerrissenen deutschen Liberalismus ist am 6. März vollzogen worden.

Eine neue „Fortgeschrittliche Volkspartei“ umschließt durch ihr Programm die drei Gruppen, in die der entschiedene Liberalismus bisher zerfiel. Dieser bedeutsame Schritt wird aber nur dann einen kraftvollen Aufstieg des Liberalismus einleiten, wenn auf dem gewonnenen breiteren Boden auch neue lebendige Kräfte für die liberale Politik eingeseht werden.

Nachdem durch das Reichsvereinsgesetz auch die Frauen zur politischen Mitarbeit gerufen sind, erwächst den liberalen Frauen mit der Möglichkeit zugleich die Pflicht, an der Entwicklung der liberalen Partei mitzuwirken.

Allerdings gestattet die Fassung des Paragraphen 8 (zur Frauenfrage) uns nicht, diese Pflicht mit ungeteilter Freude zu übernehmen. Die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung als Staatsbürger ist den Frauen im Programm der neuen Partei versagt. Es ist aber auf dem letzten Parteitag der freisinnigen Volkspartei die erneute Erörterung der Frauenforderungen in der geeinigten Fortschrittlichen Volkspartei durch eine Resolution in Aussicht gestellt, während die freisinnige Vereinigung sich gleichfalls in einer Resolution einstimmig auf den Boden der politischen Gleichberechtigung der Frauen gestellt hat. Deshalb haben die auf dem Parteitag anwesenden weiblichen Delegierten sich bereit erklärt, in den Reihen des Liberalismus zu arbeiten, in der bestimmten, auf die abgegebenen Erklärungen gegründeten Hoffnung, daß die Fortschrittliche Volkspartei die politische Gleichberechtigung der Frauen in kürzester Zeit zu ihrem Programmpunkt machen wird.

Es gilt also in den Reihen der neuen Partei für ein doppeltes Ziel zu arbeiten:

Für die Stärkung des Liberalismus und für die Förderung der politischen Rechte der Frauen. Nur wenn die Frauen innerhalb des Liberalismus und in der Arbeit für seine Ziele eine Macht werden, haben sie Aussicht, zu erreichen, was für jede politisch tätige Frau eine selbstverständliche Forderung ist:

Die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichheit der Frau durch das Parteiprogramm. Darum fordern wir alle liberalen Frauen dringend auf zum Eintritt in die liberale

Parteiorganisation ihres Ortes und zur energischen Mitarbeit in den Kämpfen des Liberalismus. Unsere politische Arbeit wird über unsere politische Zukunft entscheiden.

Zum Zweck einheitlichen Handelns halten wir eine gemeinsame Erörterung über die Stellung und die Aufgaben der Frauen in der neuen Fortschrittlichen Volkspartei für geboten. Die Unterzeichneten berufen daher auf den 4. und 5. Oktober nach Frankfurt a. M. eine Konferenz der liberalen Frauen und laden alle in der Fortschrittlichen Volkspartei organisierten Frauen zur Teilnahme aufs dringendste ein.

Anmeldungen und Zuschriften erbeten an das Bureau: Dr. Gertrud Bäumer, Grunewald b. Berlin, Gillsstraße 9.

### Der Arbeitsausschuß:

Dr. Gertrud Bäumer. Dr. med. Agnes Blumh. Ellh. Heuß-Knapp. Maria Lischnewska. Rudolfine v. Liszt. Marie Litten. Anna Blothow. Alwine Reinold. Dr. Alice Salomon. Elisabeth Löffler. Martha Zieg.

**Das Wahlrecht.** Das Herrenhaus hat seine Beschlüsse ohne Debatte bestätigt. 127 Stimmen standen gegen 82 der Minderheit aus Erzkonservativen und aus den paar wirklich liberalen Männern, denen ihr Name für dies Kompromiß zu gut war. Ein paar sind weggeblieben, ein paar sind herbeigeeilt, um Parlament zu spielen. Und nun kommt die Entscheidungsfrage an das Abgeordnetenhaus. Noch ist alles völlig im unklaren bei Konservativen und Nationalliberalen. Die Rechte pflegt eine tapfere Zurückhaltung, die wie große Taktik aussieht, aber einer tödlichen Verlegenheit entwachsen ist: soll man sich vom Zentrum trennen, oder soll man durch Zusammenstehen mit dem schwarzen Bruder den Parlamentskonflikt herbeiführen, die Wahlrechtsaufregung verlängern. Was werden die wackeren Leute den Fürsten Bülow schmähen, der sich mit dieser schwierigen Situation, deren Großvater er ist, an seinen Verderbern zu rächen scheint. Die Nationalliberalen aber haben einen tapferen Schritt der Beschleunigung getan, indem sie den Termin ihrer nächsten Fraktionsitzung bekanntgaben. Das Ergebnis dieser Sitzung wird die Uneinigkeit der nationalliberalen Fraktion sein. Die Westfalen machen sich mit Wort und Schrift stark dafür, dies Wahlrecht in der Herrenhausfassung zur Annahme zu bringen. Sie denken an ein paar Mandate; sie halten es für einen staatsmännischen Triumph, das Zentrum hier auszuschalten und an seine Stelle zu treten — wahrlich, selten haben Politiker so schlecht verstanden, die Zeichen der Zeit zu lesen. Demgegenüber fehlt es erfreulicherweise nicht an Männern, Organisationen und Zeitungen, die in einer solchen Grundfrage des Volksrechts wirklich liberal und im tieferen Sinne national sein wollen. Ihre Stimmen sind laut und lebhaft; aber man redet in dieser Partei verschiedene Sprachen, und es bleibt die bange Sorge, ob ihre Worte und Forderungen deutlich genug verstanden werden.

**Ein Staatserhaltender.** Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ von Zeit zu Zeit geistreich wird, erklärt sie, daß die Sozialdemokraten, auf eine gründliche Änderung der staatlichen Machtverhältnisse bedacht, außerhalb der Verfassung stünden und danach in und außerhalb des Parlaments behandelt werden müßten. Dieser schöne Gedanke, der den unzufriedenen Staatsbürger sozusagen rechtlich und rechtmäßig außer Kurs setzt, wird von einem Herrenhaus-



selben Mitteln ein schöneres errichten kann. Die Ausstellung einer Reihe greulicher Fassaden, welche die Düsseldorf'sche Bauberatungsstelle durch bessere verdrängt hat, war sehr lehrreich. Keine Stadtverwaltung wird sich den Anforderungen der Gesundheitspflege verschließen, wenn sie nur die Möglichkeit zur Durchführung sieht. Öffentliche Gärten, Spielplätze usw. würden in keiner Stadt fehlen, wenn ein Menschenfreund den Platz dafür schenkte. Billige Wohnungen — das Baugewerbe würde gewiß gern die Baukosten niedrig halten, wenn es nur könnte. Und wer darauf herumreitet, daß die Wohnungsfrage vor allem eine Verkehrsfrage sei, der überlege einmal, ob die Verkehrsfrage selbst nicht in letzter Linie auf die Bodenfrage zurückgeht.

Alles hängt davon ab, ob man billiges Land haben kann. Heute scheitern dreiviertel aller Bemühungen, weil die Grundrente alles wegschreibt. Wenn den Beamten Erhöhung des Gehaltes oder Wohnungsgeldes bewilligt wird, oder die Arbeiter eine Lohnsteigerung erkämpfen — was nützt es ihnen, solange die Mieten im gleichen Verhältnis steigen? Was nützt es, durch Verschlechterung der Bauordnung, etwa Erhöhung der zulässigen Stockwerkszahl (wie leider jüngst in Düsseldorf) die relativen Baukosten zu ermäßigen, wenn sofort die Bodenpreise entsprechend steigen? Wie sollen die Bauhandwerker zu billigem Geld kommen, wenn dreiviertel des für Wohnungsherstellung verfügbaren Kapitals in den Baugrund gesteckt werden und die unbegrenzte Beleiherbarkeit mit Hypotheken wieder den Bodenpreis treibt? Wie sollen unsere Industriemassen Kaufkraft für die von ihnen selbst hergestellten Erzeugnisse haben, wenn eine immer steigende, unverhältnismäßig hohe Quote des Einkommens für eine meist noch recht unzulängliche Wohnung ausgegeben werden muß? (Daß auch unsere Schutzpolitik und Lebensmittelteuerung in unheilvollem Zusammenhange mit der Grundrente steht, sei nur nebenbei bemerkt.)

Der Kampf gegen die Grundrente, das heißt der Kampf um niedrige Bodenpreise, ist das A und O aller Wohnungspolitik und aller Städtebauförderung. Dazu müssen Gesetzgebung, Verwaltung und Privatinitiative zusammenwirken. Das Baugewerbe soll nach Kräften von falschen und überflüssigen polizeilichen Beschränkungen befreit, durch Entwicklung des Verkehrsnetzes, durch Beschaffung billigen Geldes unterstützt werden. Aber die Gemeinde muß darüber hinaus mit großen Mitteln selbst Bodenreform treiben. Und wenn weise Stadtväter meinen, es sei kein Geld dafür vorhanden, so muß man ihnen vorrechnen, daß kein Kapital so hohe Zinsen trägt, als das, was zur Verringerung der Gesundheit, zur Erhaltung der Lebenskraft und Arbeitsfähigkeit aufgewandt wird. Hier sind ungezählte Millionen an Volksvermögen zu ersparen, die jetzt durch Säuglingssterblichkeit, durch Schwindsucht und Invalidität vergeudet werden. Daneben muß der gesetzliche Zwang stehen, der eine ungesunde Ausnutzung des Raumes, eine Zusammenpferdung der Bewohner hindert, und der durch Steuern auf die Grundrente nach einem englischen Worte den Boden billig und willig zur Arbeit macht. Solche Steuern wie die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte (möglichst ohne Besteuerung der Gebäude, wie jetzt in Königsberg) und die Zuwachsteuer haben den Vorteil, daß sie, soweit sie das Übel nicht beseitigen, Geld in die Gemeinde- und Staatskasse bringen. Dieses Geld dürfte nur bodenreformerischen Zwecken dienen. Und wichtiger als die Einnahmen wäre die Herabdrückung der Grundrente, damit billigeres Land da wäre zur Lösung der vielen, großen Aufgaben, die uns der Städtebau des zwanzigsten Jahrhunderts stellt.

Düsseldorf.

Heinz Pothhoff.

## Liberale Frauenkonferenz

Am 3. und 4. Oktober kamen in Frankfurt am Main eine recht beträchtliche Anzahl weiblicher Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei zusammen, um über die Art ihrer Weiterarbeit in der Partei zu beraten. Sie hatten zu dieser Tagung den Parteivorstand, die Reichstagsabgeordneten eingeladen, aber es erging ihnen, wie dem reichen Mann im Evangelium: die Freunde hatten alle eine Entschuldigung, und wenn man sich wundern wollte, dann

konnte man sich nur wundern, wie viele Gründe es doch auf der Welt gibt, um nicht zu erscheinen. Der Abgeordnete Pothhoff schickte ein Telegramm, in dem er den liberalen Vollbürgerinnen Geschlossenheit und Entschlossenheit wünschte, und Herr Fischbeck telegraphierte im Namen des Geschäftsführenden Ausschusses, ohne dabei den Frauen irgendwelche Hoffnung auf großes Entgegenkommen seitens der Parteileitung zu machen. Trotz alledem war die Stimmung der Konferenz eine hoffnungsfreudige, erfüllt vom Glauben an die echt liberale Gesinnung der Fortschrittlichen Volkspartei. Ein paar gute, der Frauensache treue Freunde: Dr. Cohen-Frankfurt, Dr. Ehr-München, Dr. Knittel-Karlsruhe hatten sich eingefunden, und der Provinzialverein Brandenburg schickte Parteisekretär Elbel mit freundlichen Worten, der Arbeitersekretär Jakobs war erschienen. Man mußte die Stimmen wägen, nicht zählen, dann war man froh und arbeitsfreudig. Am Abend des 3. Oktober hielt Dr. Bäumer in gut besuchter Versammlung einen Vortrag über „die Frau und die Zukunft des Liberalismus“, durch den sich gleichsam als roter Faden die enge Zusammengehörigkeit von Frauenbewegung und Liberalismus hindurchzog. Gegen zwei Stimmen nahm die von Martha Zieg geleitete Versammlung dann folgende Resolution an:

Die am 3. Oktober in Frankfurt am Main von der Konferenz der liberalen Frauen einberufene öffentliche Versammlung erklärt:

„Die Mitarbeit in der fortschrittlichen Volkspartei ist eine Pflicht aller entschieden liberal gesinnter Frauen und eine Notwendigkeit für die Befestigung und Verbreitung der liberalen Weltanschauung und die Stärkung der liberalen Politik.“

Die Versammlung sieht jedoch in der Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen eine selbstverständliche Folge liberaler Grundsätze und erwartet, daß die Mitarbeit der Frauen in der Partei zu dieser Anerkennung durch das Parteiprogramm führen wird.“

Am nächsten Morgen sprach Maria Lischnewska im geschlossenen Kreise, nach den Begrüßungen des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei Frankfurt, des Provinzialvereins Brandenburg und Jung-Frankfurt, über die Organisation der Frauen an der Hand folgender Thesen:

1. Das Reichsbereinsgesetz bedeutet den Anfang einer neuen: der politischen Epoche der deutschen Frauenbewegung.
2. In dieser Epoche wird parteipolitische Arbeit von jeder national denkenden Frau gefordert, denn die Parteien sind ein entscheidendes Mittel kulturellen Fortschritts.
3. Die dem Liberalismus zugehörigen Frauen begegnen beim Eintritt in das Parteileben großen Schwierigkeiten.

Diese Schwierigkeiten sind:

- a) die bisherige Zerrissenheit des Liberalismus;
  - b) die ablehnende Stellung zur völligen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau.
4. Darum brauchen die liberalen Frauen eine feste organisatorische Verbindung, die sie befähigt, als geschlossene Macht an den Aufgaben des Liberalismus mitzuarbeiten.
  5. Aufgaben der Organisation der Frauen sind:
    - a) Frauen aller Stände für den Liberalismus zu gewinnen;
    - b) Politikerinnen auszubilden;
    - c) den Liberalismus in seinen Kämpfen zu stärken und an seiner Entwicklung mitzuarbeiten;
    - d) das Frauenstimmrecht in Gemeinde, Bundesstaat und Reich zu erringen.

Es lagen zwei Organisationsentwürfe vor, der von Maria Lischnewska, der einen „Bund liberaler Frauen“ will, mit selbständiger Beitragsleistung und lokaler Organisation, und einer von Dr. Bäumer, der eine organisatorische Verbindung der Frauen innerhalb der Partei ohne obligatorische Beitragsleistung und ohne lokale Sonderorganisation anstrebt. Man entschloß sich für letzteren und wählte einen Zentralausschuß von 9 Frauen zur Leitung der Geschäfte: Martha Zieg als Vorsitzende, Dr. Bäumer, Dr. Bernhardt, Frau Anna Plothow, Margarete Friedenthal, sämtlich in Berlin, Ida Freudenberg-München, Frau Bensheimer-Mannheim, Frau Jakob-Tübingen, Frau Bennewitz-Galle. Nach einem kurzen Referat von Martha Zieg über die praktische Arbeit bei den Wahlen an der Hand folgender Thesen:

1. Die Frauen können die Hilfe bei den nächsten Reichstagswahlen nur nach Kenntnisnahme der bisherigen Art dieser Arbeit leisten.
2. Sie müssen sich daher vertraut machen mit der Methode, nach der die eignen und die zu bekämpfenden Organisationen gearbeitet haben.



3. Die Frauen müssen sich bei ihrer Arbeit bewußt sein, daß sie zur Förderung der liberalen Politik arbeiten und die Pflicht haben, nur solche Kandidaten zu unterstützen, von denen wir eine Förderung wirklich liberaler Weltanschauung, also auch eine Förderung der Idee der politischen Gleichberechtigung der Frauen zu erwarten haben

wurde die Versammlung unter dem Eindruck allgemeiner Befriedigung und allhoffender Gedanken auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Partei geschlossen.

Martha Zieg.

## Der Buddhismus als religiöser und politischer Faktor in der Machtsphäre des fernen Ostens

Jede Erhebung und Wiedergeburt eines Volkstums, einer Rasse findet die Wurzeln und Triebkräfte ihrer Hinaufentwicklung in den Energien religiöser Erweckung. Diese Wahrheit lehrt die Geschichte auf allen Blättern. Sollte sie auf das Erwachen des Ostens keine Anwendung finden? Fast scheint es so.

Die christliche Welt ist geneigt, das Mongolen- und Malaienium Ostasiens seinem innersten Wesen nach überhaupt für irreligiös zu halten. Denn von den drei religionsartigen Mächten, die diese Kultursphäre beherrschen, Taoismus, Konfuzianismus, Buddhismus erschöpft sich der erstere in rein animistischen und fetischistischen Vorstellungen. Der Konfuzianismus aber projiziert das Göttliche durchaus in das Diesseits, seine Ethik beschränkt sich auf eine idealistische Heiligung der kindlichen Pietät, des Familienstums und der Verwandtenliebe, und von seiner Unfähigkeit, auf das natürliche religiöse Empfinden der Volksseele Einfluß auszuüben, hat er mehr als genügendes Zeugnis abgelegt. Die Eigenart des Buddhismus aber besteht darin, daß er das Problem Gottes überhaupt gar nicht aufwirft und seine Ethik auf die Lehre von dem allein durch den Verstand, nicht durch den Glauben zu erreichenden Seelenheil begründet, damit also gerade die Gesetze und Ideen leugnet, die die Fundamente der christlichen Religiosität sind.

Tatsächlich ist ja auch bei Japan, das den ostasiatischen Völkern als Schrittmacher der kulturellen und politischen Erneuerung voranging, das Meißti, die Aufklärungs- und Reformperiode, mit keiner religiösen Reformation verbunden gewesen. Im Gegenteil, es schien, als solle die japanische Intelligenz, reinem Rationalismus und Agnostizismus sich zuwendend, aller von den Vätern ererbten Bekenntnisinhalte sich entäußern. In keinem andern Lande würde wohl ein verantwortlicher Staatsmann es öffentlich auszusprechen gewagt haben, was Marquis Ito einmal zur religiösen Frage äußerte, er sehe in der Ausbreitung des Atheismus keine Gefahr für das japanische Volk. Und doch hat eben dieser „Bismarck des Ostens“ dafür gesorgt, daß in dem sorgfältig von ihm vorbereiteten Krieg gegen Rußland jeder Truppenteil und jedes Kriegsschiff buddhistische Priester begleiteten, die nicht nur den Mut der Soldaten durch die Lehren ihres Meisters von der Selbstverleugnung und Todesverachtung anfeuern sollten, sondern denen auch aufgegeben wurde, überall, wo die japanische Armee festen Fuß faßte, Stationen und Missionen zu gründen. Er folgte dabei nur der Tradition der japanischen Politik, die es in ihrer findigen Art stets wohl verstanden hat, die religiösen Werte und Energien als Hilfskräfte ihrer Macht- und Ausdehnungsbestrebungen nutzbar zu machen. In der Staatsreligion des Schinto ist die Verschmelzung politischer und religiöser Ideen bis zu einem Grad durchgebildet, wie sie kein andres Land kennt; bei seinen Ablegern, dem Yamato Damaschi und Bushido, erscheinen die letzten Menschheitsziele überhaupt nur noch als nationale und vaterländische Zwecke. Man weiß in Japan eben sehr wohl zwischen realpolitischen Möglichkeiten und akademischen Ideologien zu unterscheiden. Die klugen Werkmeister der japanischen Prestigepolitik waren sich niemals im unklaren darüber, daß das Ziel, das Reich der aufgehenden Sonne zur tonangebenden Kulturmacht des Ostens zu machen, nicht erreicht werden kann ohne die werbende Kraft einer reformatorischen Gärung, die die mongolischen Völker aus ihrer

religiösen Lethargie erweckt, ihre Blicke nach Tokio als ihrem Heilbringer lenkt, dem vordrängenden Christentum als eine ebenbürtige Geistesmacht sich gegenüberstellt; sie haben dementsprechend eine Bewegung dieser Art, die im Buddhismus entstand, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt.

Die Frage, ob der Buddhismus eine Religion im Sinne christlich-philosophischer Terminologie ist, braucht hier nicht neuerdings aufgeworfen zu werden. Jedenfalls kann der reinen Lehre Buddhas der Charakter einer Religion im weiten Sinne Goethes, einer gehorhamen Unterordnung unter die ewigen kosmischen Gesetze mit dem Ziel der Vollendung der Persönlichkeit, der Freiheit in Sittlichkeit, nicht abgesprochen werden. Hat doch der Schintoismus, dessen Anhänger, nebenbei bemerkt, entgegen der landläufigen Vorstellung im Vergleich zur Zahl der Buddhisten in Japan gering ist, alles, was er an erhabenen metaphysischen Ideen besitzt — den Glauben an die Präexistenz der Seelen, an die rächende Schicksalsgewalt des Karma, an die Geistesgemeinschaft mit der Ahnenwelt des Karma —, dem Buddhismus als Urquell der ethischen Bewußtseinsinhalte im Volk entlehnt, von dem daher allein eine durchgreifende religiöse Erneuerung ausgehen konnte. Die ersten Regungen dieser Erweckung fallen in das Ende der 80er Jahre, als die neue Verfassung allgemeine Religionsfreiheit verkündete. Der Erwecker war Inuije Enrio, ein Schüler der fortschrittlichen „protestantischen“ Schule des Schin-schu, die die beiden Hongwanjikirchen in sich vereint. Ihm schwebte das Ziel vor, „den Buddhismus durch Aufnahme neuer Wahrheits Elemente, durch Berücksichtigung der exakten Wissenschaften und durch Anpassung an moderne Denkmethode zu einem machtvollen Vertreter der ostasiatischen Ethik, der geistigen Eigenart des Ostens überhaupt im bewußten Gegensatz zum Europäertum zu erheben“; damit gab er bereits dem reformatorischen System das charakteristische Gepräge, das es bis heute beibehalten hat: Aufbau auf modernistischer und rationalistischer Grundlage, Einstellung auf die Ziele der nationalen und rassenimperialistischen Propaganda hin.

Bis zur Wende des Jahrhunderts floß der Strom der Bewegung ziemlich träge dahin. Dann setzte die Ernüchterung über die vielbejubelte Meißtiepoche ein; man sah, daß man bei der überstürzten Jagd nach den Ruhmeskränzen des Fortschritts wohl an äußerlichen Glücksgütern viel gewonnen, an verinnerlichter Kultur aber ebensoviele verloren hatte. Ernstdenkende Männer erkannten mit Schrecken die Folgen einer Erziehung, die der Jugend schon von den unteren Lehrstufen an die konfuzianischen Klassiker in die Hand drückte, sie mit abstrakten Ideen fütterte, statt dem Denken zunächst durch die Einführung in die Welt des Konkreten Rückgrat und Urteilsfähigkeit zu geben: Frühreife, Weltmüdigkeit, Skeptizismus, Unbotmäßigkeit. Man suchte nach einem festeren Lebensrückhalt und hoffte ihn im Reformwerk Inuije Enrios zu finden. Kraft ihres Liberalismus, ihrer freien Gestaltung des Dogmas, der entgegenkommenden Rezeption konfuzianischer Lehren und der Anpassung an den hochgespannten Nationalismus der Japaner übte jetzt plötzlich die Hongwanjikirche große Anziehungskraft aus; ihre Schulen bevölkerten sich, ihre Gemeinden nahmen an Mitgliederzahl schnell zu. Dann kam der Krieg gegen Rußland, und jetzt hatte auch die Stunde für die Propaganda im Ausland geschlagen. Über fünftausend chinesische Studenten strömten nach Tokio und wurden hier mit den Bestrebungen des buddhistischen Reformismus vertraut. Gleichzeitig zogen Hunderte von buddhistischen Missionaren nach Korea, Formosa und der eroberten Mandschurei und gründeten Schulen, Hospitäler, Waisenhäuser. Auch die Operationen auf dem spröden Boden Chinas selbst standen jetzt unter einem glücklicheren Stern. Versuche, den buddhistischen Klerus für die Sache der Hongwanjikirche zu gewinnen, waren schon im Jahre 1894 von dem damaligen Abt Graf Otani unternommen worden, aber an der geistigen Stumpfheit, moralischen Versumpfung dieser Priesterchaft kläglich gescheitert. 1902 erneuerte die Regierung in Peking ein Edikt von 1898, das die Verwandlung der verkommenen und nutzlosen buddhistischen Klöster in Schulen verfügte. Nun wandten sich die bedrängten geistlichen Herren an Japan um Hilfe, das sich diese günstige Gelegenheit, Einfluß auf den chinesischen